

# Bericht an den Gemeinderat

GZ: A23 - 002627/2011 – 0049

Bearbeiter: DI Dr. W. Prutsch

Betreff: **Laufzeit Atomkraftwerk Krsko**

BerichterstellerIn: \_\_\_\_\_

Graz, 20.06.2011

Ein Antrag zum Thema „*Laufzeit Atomkraftwerk Krsko*“ (GR-Antrag Nr. 1224/11, GRIn Mag.a Andrea Pavlovec-Meixner, GR-Sitzung vom 14.04.2011) fordert verschiedene Maßnahmen im Hinblick auf eine Stilllegung des grenznahen AKW Krsko in Slowenien.

Dieser GR-Antrag besteht u. a. aus den folgenden Punkten:

*1. Der Gemeinderat ersucht Landeshauptmann Voves, unverzüglich Gespräche mit den Regierungen von Slowenien und Kroatien mit dem Ziel aufzunehmen, dass auf die Pläne zum Bau eines neuen Reaktors in Krsko sowie auf die Verlängerung der Betriebsdauer des bestehenden Blocks verzichtet und eine rasche Stilllegung des AKW Krsko angestrebt wird.*

*2. Der Gemeinderat der Stadt Graz fordert die Bundesregierung am Petitionswege zur Unterstützung der obigen Ziele auf zwischenstaatlicher Ebene auf.*

Nach der umfangreichen Diskussion über die Gefahren der Kernkraftnutzung in der Folge des Unfalles in Fukushima dominieren mit wenigen Ausnahmen nun wieder andere Themen die öffentliche Diskussion.

Nichts desto weniger ist die Gefahr durch grenznahe Kernkraftwerke weiterhin gegeben und wird aus fachlicher Sicht vorgeschlagen, die entsprechenden Forderungen im Sinne des o. a. GR-Antrages an den Landeshauptmann bzw. die Bundesregierung im Namen des Gemeinderates der Stadt Graz zu übermitteln.

Im Sinne der vorstehenden Ausführungen wird gemäß § 45 Abs 2 Ziffer 15 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl. Nr. 130/1967 idF LGBl. Nr.42/2010 der

## **A n t r a g ,**

gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen, Herrn Landeshauptmann Voves und der Bundesregierung die jeweiligen Schreiben gemäß Anlage 1 bzw. Anlage 2 zu übermitteln.

Der Abteilungsvorstand

DI Dr. Werner Prutsch

*(elektronisch gefertigt)*

Die Stadtsenatsreferentin für das Umweltamt:

Bürgermeister-Stellvertreterin Lisa Rucker

*(elektronisch gefertigt)*

Angenommen in der Sitzung des Gemeindeumweltausschusses und Ausschusses für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung am:

Die/Der Vorsitzende:

.....

Die Schriftführerin:

**Anlagen:**

- 1) Schreiben an Landeshauptmann Voves
- 2) Schreiben an die Bundesregierung

<p><b>Der Antrag wurde in der heutigen</b> <input type="checkbox"/> öffentl. <input type="checkbox"/> nicht öffentl. <b>Gemeinderatssitzung</b></p> <p><input type="checkbox"/> bei Anwesenheit von . . . . . GemeinderätInnen</p> <p><input type="checkbox"/> einstimmig <input type="checkbox"/> mehrheitlich (mit . . . Stimmen / . . . Gegenstimmen) <b>angenommen.</b></p> <p><input type="checkbox"/> Beschlussdetails siehe Beiblatt</p>	Graz, am	Der / Die SchriftführerIn:
---	----------	----------------------------

## Anlage 1:

*Sehr geehrter Herr Landeshauptmann !*

*Die noch immer unbeherrschbare Katastrophe von Fukushima - ein mehrfacher Super-GAU - droht zur größten nuklearen Katastrophe der Geschichte zu werden. Die Freisetzungen von leicht flüchtigen radioaktiven Substanzen haben bereits das Ausmaß der Tschernobyl-Katastrophe überschritten. Die von der Atomlobby in den letzten Jahren heraufbeschworene Renaissance der Kernenergie hat sich damit endgültig als Irrweg erwiesen. Die Weltbevölkerung ist aufgebracht, viele Staaten ändern unter dem Eindruck der Katastrophe ihre Pläne zur Entwicklung der Atomkraft.*

*Aus dem bisherigen Verlauf der Katastrophe von Fukushima können bereits jetzt folgende Lehren gezogen werden:*

- Die Erdbebenstärke wurde unterschätzt, die Absicherung war nicht ausreichend.*
- Die als Alternative zur druckfesten Schutzhülle (Containment) angepriesenen Druckabbausysteme haben sich im Ernstfall als nicht funktionstüchtig erwiesen.*
- Die Betriebszeitverlängerungen von veralteten Reaktoren haben sich als Fehler mit schwerwiegenden Folgen erwiesen.*

*Das sogenannte „Restrisiko“, welches von den AKW-Betreibern als eine vernachlässigbare Größe dargestellt wurde, hat sich also als eine ernstzunehmende Größe erwiesen. Die Atomkraft muss als eine mit der Erhaltung der Umwelt und der Gesundheit unverträgliche Technologie qualifiziert werden.*

*Für Österreich ergeben sich konkrete Ansatzpunkte, da die meisten grenznahen Reaktoren veraltet sind, über kein Containment verfügen, in erdbebengefährdeten Gebieten liegen oder sogar eine Kombination aller Risikofaktoren vereinen. Durch die Reaktion der Bundesrepublik Deutschland - die Abschaltung von sieben solcher Risikoreaktoren - ergibt sich ein bedeutender Sicherheitsgewinn und gleichzeitig ein wichtiger internationaler Präzedenzfall.*

*Für die Steiermark ist das besonders nahe gelegene Atomkraftwerk Krsko von größter Sicherheitsrelevanz. Es erscheint daher angebracht, sich auf diesen Standort zu konzentrieren. In Krsko ist ein Druckwasserreaktor westlicher Konstruktion seit 1983 im kommerziellen Betrieb. Er verfügt über eine druckfeste Schutzhülle (Containment). Die elektrische Nettoleistung beträgt 633 MW, die durchschnittliche Jahresproduktion liegt bei 3.700 GWh. Diese Strommenge wird zwischen Slowenien und Kroatien je zur Hälfte aufgeteilt und trägt in beiden Ländern ca. 20% zur gesamten Stromversorgung bei.*

*Das Hauptproblem des AKW Krsko liegt in seiner Lage in einem stark durch Erdbeben gefährdeten Gebiet. Nach den Ereignissen von Fukushima muss die Auslegung der Anlage sowie die Eignung des Standortes grundsätzlich in Frage gestellt werden. Zusätzlich besteht auch das Problem der Materialalterung. Das AKW ist bereits seit 30 Jahren in Betrieb - dies entspricht der normalen technischen Lebensdauer von AKWs. Die Betriebsgenehmigung wurde allerdings auf 40 Jahre bis zum Jahr 2023 erteilt, der Betreiber strebt sogar eine Verlängerung um weitere 20 Jahre an. Diese Betriebsdauer ist angesichts der Erfahrungen von Fukushima inakzeptabel. Das Ziel muss daher sein, das AKW Krsko möglichst rasch stillzulegen, ohne die derzeit genehmigte 40-jährige Betriebsdauer auszuschöpfen.*

*Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht Sie daher, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, unverzüglich Gespräche mit den Regierungen von Slowenien und Kroatien mit dem Ziel aufzunehmen bzw. weiterzuführen, dass auf die Pläne zum Bau eines neuen Reaktors in Krsko sowie auf die Verlängerung der Betriebsdauer des bestehenden Blocks verzichtet und eine rasche Stilllegung des AKW Krsko angestrebt wird.*

## Anlage 2:

*Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!*

*Die noch immer unbeherrschbare Katastrophe von Fukushima - ein mehrfacher Super-GAU - droht zur größten nuklearen Katastrophe der Geschichte zu werden. Die Freisetzungen von leicht flüchtigen radioaktiven Substanzen haben bereits das Ausmaß der Tschernobyl-Katastrophe überschritten. Die von der Atomlobby in den letzten Jahren heraufbeschworene Renaissance der Kernenergie hat sich damit endgültig als Irrweg erwiesen. Die Weltbevölkerung ist aufgebracht, viele Staaten ändern unter dem Eindruck der Katastrophe ihre Pläne zur Entwicklung der Atomkraft.*

*Aus dem bisherigen Verlauf der Katastrophe von Fukushima können bereits jetzt folgende Lehren gezogen werden:*

- Die Erdbebenstärke wurde unterschätzt, die Absicherung war nicht ausreichend.*
- Die als Alternative zur druckfesten Schutzhülle (Containment) angepriesenen Druckabbausysteme haben sich im Ernstfall als nicht funktionstüchtig erwiesen.*
- Die Betriebszeitverlängerungen von veralteten Reaktoren haben sich als Fehler mit schwerwiegenden Folgen erwiesen.*


*Das sogenannte „Restrisiko“, welches von den AKW-Betreibern als eine vernachlässigbare Größe dargestellt wurde, hat sich also als eine ernstzunehmende Größe erwiesen. Die Atomkraft muss als eine mit der Erhaltung der Umwelt und der Gesundheit unverträgliche Technologie qualifiziert werden.*

*Für Österreich ergeben sich konkrete Ansatzpunkte, da die meisten grenznahen Reaktoren veraltet sind, über kein Containment verfügen, in erdbebengefährdeten Gebieten liegen oder sogar eine Kombination aller Risikofaktoren vereinen. Durch die Reaktion der Bundesrepublik Deutschland - die Abschaltung von sieben solcher Risikoreaktoren - ergibt sich ein bedeutender Sicherheitsgewinn und gleichzeitig ein wichtiger internationaler Präzedenzfall.*

*Für die Steiermark ist das besonders nahe gelegene Atomkraftwerk Krsko von größter Sicherheitsrelevanz. In Krsko ist ein Druckwasserreaktor westlicher Konstruktion seit 1983 im kommerziellen Betrieb. Er verfügt über eine druckfeste Schutzhülle (Containment). Die elektrische Nettoleistung beträgt 633 MW, die durchschnittliche Jahresproduktion liegt bei 3.700 GWh. Diese Strommenge wird zwischen Slowenien und Kroatien je zur Hälfte aufgeteilt und trägt in beiden Ländern ca. 20% zur gesamten Stromversorgung bei.*

*Das Hauptproblem des AKW Krsko liegt in seiner Lage in einem stark durch Erdbeben gefährdeten Gebiet. Nach den Ereignissen von Fukushima muss die Auslegung der Anlage sowie die Eignung des Standortes grundsätzlich in Frage gestellt werden. Zusätzlich besteht auch das Problem der Materialalterung. Das AKW ist bereits seit 30 Jahren in Betrieb - dies entspricht der normalen technischen Lebensdauer von AKWs. Die Betriebsgenehmigung wurde allerdings auf 40 Jahre bis zum Jahr 2023 erteilt, der Betreiber strebt sogar eine Verlängerung um weitere 20 Jahre an. Diese Betriebsdauer ist angesichts der Erfahrungen von Fukushima inakzeptabel. Das Ziel muss daher sein, das AKW Krsko möglichst rasch stillzulegen, ohne die derzeit genehmigte 40-jährige Betriebsdauer auszuschöpfen.*

*Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht Sie daher, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, um Unterstützung auf zwischenstaatlicher Ebene, dass auf die Pläne zum Bau eines neuen Reaktors in Krsko sowie auf die Verlängerung der Betriebsdauer des bestehenden Blocks verzichtet und eine rasche Stilllegung des AKW Krsko angestrebt wird.*

	<b>Signiert von</b>	Werner Prutsch
	<b>Zertifikat</b>	CN=Werner Prutsch,OU=Umweltamt,O=Magistrat der Stadt Graz
	<b>Datum/Zeit</b>	2011-06-22T15:24:47+02:00
	<b>Hinweis</b>	Dieses Dokument wurde digital signiert und kann unter: <a href="http://egov2.graz.gv.at/pdf-as">http://egov2.graz.gv.at/pdf-as</a> verifiziert werden.